

presse

Internationaler Frauentag: Frauen stärken – Entwicklung voranbringen

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März erklären die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Bärbel Kofler und die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht nur sozial wünschenswert. Sie ist eine zentrale Säule im Kampf gegen den Hunger und Armut. Der Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Armuts- und Hungerbekämpfung kommt eine Schlüsselrolle zu. Die SPD-Bundestagsfraktion hat erkannt: Wir müssen Frauen stärken, um Entwicklung in den ärmsten Ländern voranzubringen. Als einzige Fraktion hat die SPD in die Haushaltsberatungen eine eigene Zielgröße für Gender eingebracht, um der Schlüsselrolle der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gerecht zu werden.

Länderstudien des Internationalen Forschungsinstituts zur Ernährungspolitik (IFPRI) zeigen: Armut und Hunger sind in den Ländern am meisten verbreitet, in denen Frauen geringen Zugang zu Bildung haben. Auch ein Vergleich der Daten des Welthungerindex (WHI) 2009 mit den Erhebungen des Global Gender Gap Indexes 2008 zeigt deutlich, dass eine Auseinandersetzung mit Gleichstellungsfragen bei der Hungerbekämpfung unerlässlich ist. Am auffälligsten ist der Zusammenhang von Armut und Gleichstellung im Bereich Bildung: In Ländern, in denen nach Angaben des WHI Hunger verbreitet ist, haben Frauen laut dem Gender Gap Index nur geringen Zugang zu Bildung. Ein solcher Zusammenhang lässt sich auch für den Bereich Gesundheit feststellen. Die Schlussfolgerung liegt nahe: Maßnahmen zur Beseitigung der

Benachteiligung von Frauen sind elementar, um Armut und Hunger wirkungsvoll zu bekämpfen.

Gesunde und gut ernährte Frauen haben nicht nur selbst eine höhere Lebensqualität, auch ihren Kindern geht es besser. Deshalb sind Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit und der Ernährung unerlässlich. Deshalb muss die Bundesregierung zum Erreichen der Millenniumsziele ihre Zusage, die ODA-Quote, also den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen, in diesem Jahr auf 0,51 Prozent und bis ins Jahr 2015 auf 0,7 Prozent zu erhöhen, einhalten. Dazu gibt es keine Alternative.